

Antrag

AntragsstellerIn: LAG Bildung

Gegenstand: **Politische Bildung in Sachsen stärken -
Kompetenzen für lebendige Demokratie und
offene Gesellschaft ausbilden**

1 Antragstext

2 Sachsen braucht dringend eine Veränderung seiner politische Kultur. Pegida&Co.
3 und die mit ihnen schließlich einhergehenden rassistischen Ausschreitungen und
4 Anschläge sind nicht zufällig in Sachsen entstanden. Ein in allen Schichten zu
5 findender Teil der sächsischen Bevölkerung hat nicht nur Vorbehalte gegenüber
6 als fremd empfundenen Religionen wie dem Islam, sondern ist offen rassistisch
7 und fremdenfeindlich eingestellt. Viele haben wenig Vertrauen und Kenntnis von
8 demokratischen Strukturen und politischen Prozessen. Tiefsitzende Ressentiments,
9 eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Fremden bis hin zu einer Normalität
10 rassistischer Vorstellungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung verbinden sich
11 mit einem verbreiteten Unverständnis gegenüber der Komplexität von Demokratie
12 und Moderne. Ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt wird eher als
13 Bedrohung, denn als Chance begriffen. Für viele ist nicht selbstverständlich,
14 dass in einer Demokratie über gesellschaftliche Probleme, unterschiedliche
15 Interesse und Weltanschauungen offen diskutiert werden muss. Stattdessen
16 existiert die Vorstellung, dass Probleme ohne 'Parteienstreit' als 'sachlicher'
17 Konsens oder durch einfache Durchsetzung der Mehrheit gelöst werden. Dies wird
18 begünstigt von einer durch die 'Staatspartei' CDU geprägten, teils verrohten
19 politischen Kultur, die allzu oft eine obrigkeitsstaatliche Tradition der
20 Verwaltung fortsetzt, den offenen politischen Diskurs scheut und sich mit der
21 Akzeptanz von Vielfalt und Anderssein schwertut. Beleg dafür sind die offene
22 Sympathie konservativer Teile der sächsischen CDU für Pegidia und die
23 Schwierigkeiten, eine klare Abgrenzung der undemokratischen und rassistischen
24 Positionen von Pegida zu organisieren.

25 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine weltoffene, demokratische und
26 menschenrechtsorientierte politische Kultur in Sachsen ein. Gelebte
27 Weltoffenheit, die Akzeptanz von Vielfalt und demokratischem Streit sind auf
28 eine Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure angewiesen. Die
29 Antworten auf Pegida sind vielfältig: eine andere politische Kultur und eine
30 Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte, interkulturelle Bildung und eine

31 weltoffene Asyl- und Migrationspolitik.

32 Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein einer solchen Veränderung. Um den
33 gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, muss politische Bildung weit
34 mehr leisten, als über die Strukturen des politischen Systems zu informieren.
35 Sie muss auf allen Ebenen dazu beitragen, dass die universalen Menschenrechte
36 und verfassungsmäßigen Grundrechte leitend für politisches und
37 gesellschaftliches Handeln sind. Dabei stellt sich die Frage, auf welche Weise
38 über die klassischen Zielgruppen politischer Bildung hinaus auch diejenigen
39 für Menschenrechts- und Demokratiebildung erreicht werden können, die offen für
40 rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments sind und deren Vertrauen in die
41 demokratische Gesellschaft gering ist. Ziel politischer Bildung muss die
42 Förderung der Selbstermächtigung aller BürgerInnen zu
43 menschenrechtsorientiertem, zivilgesellschaftlichem und demokratischem Handeln
44 sein. Diese Herausforderung weist weit über die Tätigkeit der politischen
45 Stiftungen, der Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Akteuren der
46 politischen Erwachsenenbildung hinaus. Für einen nachhaltigen Ansatz muss ebenso
47 die politische Bildung in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen,
48 aber auch in der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

49 *I. Bildungseinrichtungen*

50 Die unterdurchschnittliche Beteiligung von SchülerInnen und StudentInnen an den
51 Pegida-Demos darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sagbarkeit von
52 rassistischen und undemokratischen Positionen weit in den Resonanzraum von
53 Kindern und Jugendlichen hineinwirkt. Im familiären Nahraum werden Vorurteile
54 gegenüber dem politischen System und Andersartigen zum Teil ungefiltert und
55 undiskutiert weitergegeben. Eine Stärkung der politischen Bildung in Kita,
56 Schule, Ausbildung und Hochschule ist deshalb unerlässlich. Für politische
57 Bildung ist es nie zu früh, wenn sie altersgerecht gestaltet wird. Gerade in
58 Bildungseinrichtungen können frühzeitig und niedrigschwellig Diskussions- und
59 Demokratiekompetenzen sowie menschenrechtsorientierte Bildung vermittelt werden.

60 *Kita*

61 Auch vor der Schule können Kinder sie betreffende Gegenstände gemeinsam
62 aushandeln, diskutieren und entscheiden. Dabei können sie lernen, Konflikte
63 argumentativ und ohne Gewalt zu lösen und sich als selbstwirksam zu erleben. Die
64 im Bundeskinderschutzgesetz verankerte Beteiligung von Kindern in der Kita wird
65 in Sachsen oft nur unzureichend mit Leben erfüllt. Demokratiekompetenz wird nur
66 selten als basale Lernkompetenz betrachtet. Die Beteiligung von Kindern wird
67 zwar teilweise als pädagogisch sinnvoll betrachtet, jedoch kaum als
68 bildungspolitische Notwendigkeit betrachtet, um das Gemeinwesen zu stärken.
69 Allzuoft fehlen Wissen und Haltung, um Demokratie von Anfang an als
70 selbstverständliche gute pädagogische Praxis zu begreifen. Demokratiekompetenz
71 findet sich zwar als verbindliches Lernziel im Bildungsplan, ist aber nicht im
72 Kita-Gesetz verankert und wird oft nur unzureichend umgesetzt. Vielen
73 ErzieherInnen fehlen die Instrumente, sich selbst und den Kindern demokratische
74 Prozesse bewusst zu machen und als selbstverständlichen Bestandteil des Kita-
75 Alltags zu verankern.
76 Bei der Umsetzung demokratischer Bildung in der Kita kann an Projekte wie das
77 DKJS-Projekt *Demokratie von Anfang an* angeknüpft werden. Der bis 2013 erprobte

78 Ansatz zeigt, wie Kindertageseinrichtungen begleitet werden können, um Lernorte
79 der Demokratie zu werden. Diese Erfahrungen müssen nun in die Breite getragen
80 werden. Wir wollen, dass der Freistaat ein Programm einrichtet, mit dem die
81 Entwicklung und das Argumentieren eigener Positionen sowie der
82 selbstverständliche Umgang mit Meinungsvielfalt und demokratischen
83 Entscheidungsfindungsprozessen früh eingeübt wird. Ziel muss es sein, dass sich
84 jede Kita als demokratischen Lernort begreift und dabei sowohl Kinder, als auch
85 ErzieherInnen und Eltern einbezieht. Wir fordern

86 - die Förderung eines Fortbildungs- und Supervisionsprogramms „Demokratie von
87 Anfang an“ für demokratisches Lernen in der Kita in unabhängiger Trägerschaft,
88 das die Freistellung von Personal ermöglicht und finanziert
89 - Ziele demokratischer Bildung im Kita-Gesetz zu verankern
90 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von
91 ErzieherInnen zu verankern

92 *Schulen*

93 An den sächsischen Schulen sind die formalen Mitwirkungsrechte von SchülerInnen,
94 Eltern und LehrerInnen im Ländervergleich relativ weitgehend. Solange jedoch die
95 Einzelkompetenzen der Schulen, über pädagogische, finanzielle und personelle
96 Fragen zu entscheiden, weiterhin eingeschränkt sind, laufen die demokratischen
97 Rechte oftmals ins Leere. Zudem mangelt es allzuoft an Engagement von
98 Schulleitung und Lehrkräften, die Mitwirkungsstrukturen mit Leben zu erfüllen.
99 Sinnvolle Programme wie „Mitwirkung mit Wirkung“ zur Qualifizierung von
100 Schülervertretungen müssen stärker in die Breite wirken.

101 Die Vermittlung von Grundlagen politischer Bildung ist zunächst Aufgabe des
102 Unterrichts. Auch wenn der sächsische Lehrplan die entsprechenden Inhalte
103 vorsieht, weist der Gemeinschaftskundeunterricht im Ländervergleich ein eher
104 geringes Gewicht auf. Hinzu kommt, dass die Fächer Gemeinschaftskunde und
105 Geschichte an einzelnen Schularten abgewählt werden können. Allein die
106 Ausweitung dieser Fächer in der Stundentafel löst jedoch nicht das Problem.
107 Gefragt ist vielmehr die alltägliche Einübung von Demokratiekompetenz. Dies
108 schließt die Fähigkeit ein, Sachverhalte kritisch zu hinterfragen, sich in
109 andere einzufühlen und mit anderen zu diskutieren. Dies setzt voraus, Schule
110 nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als Lern- und Lebensort im
111 Sinne einer umfassenden Kompetenzerwerbungs zu verstehen. Ein solches Umdenken
112 muss eine veränderte Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung sowie ein
113 Umdenken in der Schulaufsicht nach sich ziehen. Die LehrerInnen an sächsischen
114 Schulen dürfen bei dieser Herausforderung nicht länger durch fehlende
115 Unterstützungsstrukturen allein gelassen werden.

116 Die Bandbreite der Dominanz politischer Positionen ist je nach Schularten und
117 Region sehr differenziert und abhängig von Schülerklientel und dem jeweiligen
118 lokalen gesellschaftlichen Klima. Das sächsische Kultusministerium versteht
119 Schulen als weitgehend entpolitisierten Raum, viele LehrerInnen betrachten sich
120 aufgrund DDR-Erfahrungen heute als unpolitisch. Weil die Verteidigung von
121 Grundrechten vielfach als Frage von Parteipolitik missverstanden wird, fehlt es
122 zu oft an der notwendigen Klarheit und Hilfestellung zu antidemokratischen und
123 rassistischen Einstellungen in der Schülerschaft. Ob Demokratiekompetenz im
124 Schulalltag vermittelt wird, hängt von Interesse und Engagement von LehrerInnen

125 und SchulleiterInnen ab. Auch wenn viele Antirassismusprojekte vorhanden sind,
126 erreichen sie aufgrund ihrer Nachfrageorientierung gerade diejenigen Schulen
127 nicht, die sie am meisten bräuchten. Um die Demokratiebildung an sächsischen
128 Schulen zu stärken, fordern wir:

- 129 - schulische Entscheidungsspielräumen hinsichtlich Pädagogik, Finanzen und
- 130 Personal auszuweiten
- 131 - die Kompetenzentwicklungen durch Selbsterfahrung (Schülerparlamente,
- 132 Urabstimmungen) zu ermöglichen und Schülergremien oberhalb der Schulebene
- 133 (Kreisschülerrat) zu stärken
- 134 - das Fach Gemeinschaftskunde *an allen weiterführenden Schularten ab Klasse 5
- 135 durchgehend mit 2 Wochenstunden zu unterrichten und* durch eine größere
- 136 Praxisorientierung an sozialer Verantwortung, Erfahrung von Vielfalt und
- 137 persönlichem Engagement im Rahmen einer Ausweitung des Stundenumfangs zu stärken
- 138 - Inhalte politischer Bildung in Pflichtfächern zu verankern und einzelne Fächer
- 139 im Hinblick auf Menschen- und Grundrechtsbildung besser zu vernetzen
- 140 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz im Schulgesetz als Auftrag im Sinne der
- 141 Grundrechtsvermittlung zu verankern
- 142 - geeignete Unterstützungsstrukturen (Weiterbildung, Coaching) der Lehrkräfte
- 143 zur Einübung von Demokratie- und Diskurskompetenz von SchülerInnen aufzubauen
- 144 - die Reichweite von Antirassismus-Projekten (mobile Beratung) durch eine
- 145 bessere Förderung und aktive Bewerbung bei Schulen zu verbessern
- 146 - die Ausbildung von Demokratiekompetenz und Inhalte politischer Bildung in der
- 147 Lehreraus- und fortbildung aller Lehramtsfächer zu verankern

148 *Hochschulen*

149 Die sächsischen Hochschulen sind ein wichtiges Reservoir späteren politischen
150 Engagements. An ihnen wird tagtäglich demokratisches Engagement eingeübt, auch
151 wenn in den vergangenen Jahren systematisch Mitbestimmungsrechte zurückgefahren
152 wurden. Dennoch können die Bedingungen demokratischen Engagements für
153 Studierende deutlich verbessert werden. Zugleich sind die Universitäten eine
154 wichtige Stätte politischer (Selbst-)Bildung und besitzen die
155 Studierendenschaften den Auftrag politischer Bildung. Ausbildungskapazitäten für
156 politische Erwachsenenbildner an den Universitäten wurden in den letzten Jahren
157 durch Kürzungen verringert und existieren derzeit nur in Dresden und Chemnitz.
158 Wir fordern:

- 159 - den politischen Bildungsauftrag der Studierendenschaften zu stärken
- 160 - die Wahrnehmung studentischer Interessen durch eine bessere Berücksichtigung
- 161 bei Bafög und eine Förderung von Studierenden ohne Bafög sowie durch eine
- 162 Anrechnung als Studienleistung zu fördern
- 163 - die weitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen durch eine weitgehende
- 164 Viertelparität aller Mitgliedergruppen in Hochschulgremien und eine Stärkung
- 165 des Senats als zentrales Entscheidungsorgan voranzutreiben
- 166 - Erneute Einrichtung einer Professur für Erwachsenenbildung an der Universität
- 167 Leipzig und Verankerung der politischen Erwachsenenbildung als Lehrmodul an
- 168 allen Professuren der Erwachsenenbildung

169 *Außerschulische Bildung*

170 Mit den Angeboten von Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugendverbänden,
171 Kirchen und Religionsgemeinschaften und freien Trägern der Jugendhilfe sowie
172 Bundes- und Landesjugendring existiert eine ausdifferenzierte Struktur
173 außerschulischer politischer Bildung. Ihre zentrale Herausforderung ist es auch,
174 sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche zu erreichen. Dem wirkt
175 jedoch eine unzureichende finanzielle Ausstattung von Seiten des Freistaates
176 insbesondere für überörtliche Projekte, flexibles Jugendmanagement und die
177 Zuschüsse für Jugendhilfe in den Kommunen entgegen. Damit fehlen insbesondere
178 dort Ressourcen, wo nahraumorientiert demokratische Kompetenzen eingeübt werden
179 müssten. Im ländlichen Raum fehlt es neben finanziellen Ressourcen oft auch an
180 geeigneten Fachkräften und Kooperationsstrukturen.

181 Wir fordern:

- 182 - verlässliche Finanzierung durch mehrjährige Zuschussverträge
- 183 - die Jugendhilfe und politischen Jugendbildung bedarfsgerecht auszustatten
- 184 sowie die Antragsverfahren zu beschleunigen
- 185 - innovative Projekte zur politischen Bildung sozial benachteiligter und
- 186 bildungsferner Jugendlicher zu fördern
- 187 - vorhandene Akteure zu qualifizieren und innovative Kooperationsformen im
- 188 ländlichen Raum zu entwickeln

189 *II. Politische Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit*

190 Mit der Landeszentrale für politische Bildung, den politischen Stiftungen und
191 weiteren Akteuren wie den Volkshochschulen und vielen zivilgesellschaftlichen
192 Initiativen weist die politische Bildung auch in Sachsen ein großes Potential
193 auf. Dennoch besteht nach wie vor eine große Herausforderung darin, dass die
194 reguläre politische Bildung oft nur Vorinteressierte und Vorgebildete erreicht.
195 Vielfach fehlen zudem spezifische Angebote für MigrantInnen und weitere
196 Zielgruppen. Um neue Instrumente politischer Bildung zu entwickeln und zu
197 erproben, braucht es zum einen finanzielle und personelle Spielräume. Zum
198 anderen muss deren wissenschaftliche Erforschung und Begleitung sichergestellt
199 werden.

200 Obwohl das flächendeckende Netz der Volkshochschulen gut geeignet ist, neue
201 Gruppen zu erschließen, ist es oft stark von handelnden Personen abhängig, ob
202 politische Bildung eine Rolle spielt. Über die klassischen Träger politischer
203 Bildung hinaus bietet die demokratische Gemeinwesenarbeit mit ihren vielen
204 ehrenamtlichen Aktiven in Sozialräumen ein großes Potential, um demokratische
205 Werte im sozialen Nahraum erfahrbar zu machen. Die Schließung von
206 Studienangeboten für Gemeinwesenarbeit wirkt demgegenüber jedoch
207 kontraproduktiv. Auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und
208 erprobte Instrumente wie *Study Circles* zur Ermächtigung demokratischen Handelns
209 durch eigeninitiierte Bildungsarbeit wie in den USA und den skandinavischen
210 Ländern können wichtige Bausteine politischer Bildungsarbeit sein. Um die
211 politische Erwachsenenbildung zu stärken, fordern wir:

- 212 - die politischen Stiftungen und die Landeszentrale für politische Bildung sowie
- 213 die entsprechende wissenschaftlichen Einrichtungen bei der Entwicklung und
- 214 Erprobung neuer Instrumente der politischen Bildung zu unterstützen
- 215 - Projekte menschenrechtsorientierter demokratischer Gemeinwesenarbeit in der
- 216 Fläche zu fördern
- 217 - die Volkshochschulen gezielt durch Kommunen und Freistaat zu stärken, um in

218 die Lage versetzt zu werden, politische Bildung ohne finanzielle Barrieren für
219 die Teilnehmer durchführen zu können
220 - Alternative Formen der Erwachsenenbildung durch Information und Bereitstellung
221 von Ressourcen zu unterstützen

222 *III. Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung*

223 Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) ist ein wichtiger
224 Akteur der politischen Bildung in Sachsen. Ihre Arbeit ist dem
225 Überparteilichkeitsgebot der politischen Bildung im Sinne des Beutelsbacher
226 Konsenses verpflichtet. Dieses Gebot wurde durch die Bereitstellung der Räume
227 der SLpB für eine Pegida-Pressekonferenz, aber auch durch eine einseitige
228 Ausgestaltung von Diskussionsforen ohne sichtbaren Widerspruch zu Pegida
229 verletzt. Kritik des für die Aufsicht zuständigen Kuratoriums war nicht zu
230 vernehmen. Dieser einseitige und unkritische Ansatz der SLpB bestätigt die
231 bereits seit Jahren bestehende Defizite bei der Anti-Diskriminierungsarbeit und
232 der politischen Bildung gegen menschenfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft.
233 Das bisherige Agieren der SLpB gibt Anlass, über Veränderungen der inhaltlichen
234 Ausrichtung zu diskutieren. Wir erwarten, dass sich die SLpB für bestimmte
235 Themen wie die Anti- Diskriminierungsarbeit, Asylpolitik, Demokratiebildung
236 sowie globales und interkulturelles Lernen und ein größeres Spektrum
237 zivilgesellschaftlicher Akteure öffnet.
238 Eine inhaltliche Öffnung der SLpB muss mit einer Stärkung des überparteilichen
239 Charakters der SLpB einhergehen. Wesentliche Ursachen für die bisherige
240 Ausrichtung der SLpB liegen in der engen Anbindung an das Kultusministerium und
241 den starken Einfluss des Kultusministeriums bei der Besetzung des Kuratoriums
242 als Kontrollgremium. Zwar ist die Ansiedlung ans Kultusministerium und die
243 Bestimmung der Kuratoriumsmitglieder im Ländervergleich nicht ungewöhnlich. Im
244 Zusammenwirken mit der durch die ununterbrochen regierenden Staatspartei CDU
245 geprägten politischen Kultur droht jedoch die Überparteilichkeit klar gefährdet
246 zu werden. Wir fordern deshalb:

247 - die SLpB an den Landtag anzubinden und mit einem durch den Landtag gewählten
248 Landesbeauftragten für politische Bildung an der Spitze zu versehen
249 - nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benennen
250 zu lassen
251 - eine Vertretung aller Landtagsfraktionen im Kuratorium
252 - einen jährlichen Bericht des Landesbeauftragten und eine regelmäßige
253 unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit der SLpB